

Beilage XXVIII.

Bericht

Des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petition um eine Subvention zur
Vollendung der Straße Brand—Bürserberg.

Hoher Landtag!

Die Gemeindevorstellungen von Brand, Bürserberg und Bürs, sowie der Obmann des bezüglichen Straßencomités haben an den Landesauschuss unterm 18. December 1895 ein Gesuch um die Übernahme des von den Gemeinden und aus den Privatbeiträgen nicht gedeckten Erfordernisses zur Fortsetzung und Vollendung der Straße Brand—Bürserberg eingebracht.

Aus diesem Gesuche geht hervor, dass die fraglichen Gemeinden und Interessenten auf den gegenständlichen Straßenbau in letztvergangener Zeit schon über 8000 fl. aufgewendet haben, dass aber leider die Straße auch jetzt noch nicht den Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung zu tragen vermöge, einestheils wegen unrichtiger Umlegungen und andernteils, weil das Project noch nicht vollendet werden konnte.

Nach dem von Herrn Baumeister Wolf von Bludenz aufgenommenen Projecte belaufen sich die Kosten zur Fortsetzung und Vollendung dieses Straßenbaues auf 7769 fl. 41 kr. Bei Überprüfung desselben durch den Herrn Landescultur-Ingenieur Ilmer hat sich ergeben, dass diese Bauausführung, wenn dieselbe solid sein soll, auf 10.000 fl. zu veranschlagen ist.

Aus dem Gesuche geht ferner hervor, dass von den früher aufgelaufenen Baukosten ein noch unbedeckter Betrag von 1310 fl. 67 kr. bestehe, daher das Erfordernis auf 11.310 fl. 67 kr. sich belauft.

Vom Herrn Landescultur-Ingenieur Ilmer wird in dem an den Landesauschuss erstatteten Berichte hervorgehoben, dass der gegenwärtige, die Gemeinden Bürserberg und Brand verbindende Weg mit 16%—19% Steigungsverhältnissen ungenügend sei. Die Maximalsteigung der neu projectierten Straße ist 2.17% bis zu 10.5% und würde diese projectierte Straße vollkommen allen Verkehrs- und technischen Anforderungen entsprechen.

An den Kosten dieses Straßenbaues würden nach den Gesuchs-Angaben folgende Beiträge geleistet:

1. Die Gemeinde Brand . . .	1804 fl. 85 fr.
2. " " Bürserberg . . .	400 " — "
3. " " Bludenz . . .	200 " — "
4. Herr Kegele in Brand . . .	426 " 21 "
5. " Beck " " . . .	426 " 21 "
6. Gegner und Mutter in Bludenz	500 " — "
Zusammen	3757 fl. 27 fr.

Daher bliebe ein noch nicht gedeckter Rest von 7553 fl. 40 fr.

Die Bitte geht nun dahin, daß dieser unbedeckte Rest vom Lande und Staate übernommen werden möchte.

Zufolge Beschlusses des Landes-Ausschusses vom 5. Januar 1896 kam dieses Gesuch an den h. Landtag zur Vorlage und wurde von demselben in der IV. Sitzung vom 11. Januar d. J. dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss findet sich aber nicht in der Lage jetzt schon ein Antrag auf Botierung eines bestimmten Beitrages zu stellen, sondern erachtet für nothwendig, daß vorher noch Vorerhebungen und Verhandlungen gepflogen werden. Vor Allem erscheint der Anspruch (60%) der gesammten Baukosten) zu hoch und es müßten ganz besonders berücksichtigenswerte Verhältnisse vorliegen, bis das Land und der Staat soviel beizutragen sich entschließen könnten. Nach bisheriger Übung hat das Land zu derartigen Bauten auch bei schwerwiegenden Gründen und berücksichtigenswerten Verhältnissen, außer bei der Flegelstraße, noch nie einen solch hohen Percentsatz geleistet. Es muß angenommen werden, daß die hiebei interessierten Gemeinden oder Parteien mehr leisten könnten und sollten, bis durch weitere Erhebungen und Verhandlungen eventuell das Gegentheil constatiert ist. Weil aber solche Erhebungen und Verhandlungen während der Session wegen Kürze der Zeit unmöglich sind und es auch nothwendig ist mit der h. k. f. Regierung zur Erwirkung der Staatsmithilfe das Einvernehmen zu pflegen, so dürfte es sich rechtfertigen, diese Angelegenheit an den Landesauschuss zu verweisen.

Um aber einen unnöthigen Aufschub dieses Straßenbaues zu verhindern, empfiehlt es sich, dem Landesauschusse die Ermächtigung zu erteilen, zu diesem Straßenbaue nach Maßgabe der Ergebnisse der Erhebungen und Verhandlungen, sowie dem in Aussicht gestellten Staatsbeitrag einen Landesbeitrag gegenüber der h. Regierung in Aussicht zu stellen.

In Ermägung dessen erhebt der volkswirtschaftliche Ausschuss den

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Landesauschuss wird beauftragt und ermächtigt bezüglich des Straßenprojectes Bürs—Brand die ihm geeignet erscheinenden Erhebungen und Verhandlungen zu pflegen und insbesondere mit der h. k. f. Regierung um eine Subvention einzuschreiten und dem Landtage in der nächsten Session geeignete Anträge zu unterbreiten.“

Bregenz, am 16. Januar 1896.

Johannes Thurnher,
Obmann.

Peter Paul Welte,
Berichterstatter.